

München, 20.06.2018

Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf dem Rückzug: Über 2.500 Filialen seit 2000 geschlossen

SPD-Abgeordneter Klaus Adelt warnt: Gefahr für die Struktur auf dem Land - Oberfranken am stärksten betroffen

Das Sterben von Bankfilialen nimmt im Freistaat dramatische Züge an. Seit dem Jahr 2000 wurden bayernweit 2.560 Niederlassungen allein von Sparkassen und Genossenschaftsbanken geschlossen. Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage (Link unten) des SPD-Landtagsabgeordneten **Klaus Adelt** hervor. „Ich hatte zwar einen deutlichen Rückgang befürchtet. Das Ausmaß hat mich aber dann doch überrascht“, betont der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für kommunale Daseinsvorsorge.

Bei den Sparkassen gibt es inzwischen 1.024 mit Mitarbeitern besetzte Filialen weniger. Im Jahr 2000 waren es noch 2.950. Das entspricht einem Rückgang von fast 35 Prozent. Bei den Genossenschaftsbanken ist die Entwicklung ähnlich. Hier ging die Zahl der Geschäftsstellen von 3.918 auf 2.382 zurück. Ein Minus von 1.536 Filialen. Das sind fast 40 Prozent Rückgang.

Am stärksten ist Oberfranken von der Ausdünnung des Sparkassen-Filialnetzes betroffen. Hier gingen seit dem Jahrtausendwechsel 47 Prozent aller mit Mitarbeitern besetzten Niederlassungen verloren. In Schwaben sind es 44 Prozent, in der Oberpfalz 42 Prozent. Am geringsten ist der Rückgang in Niederbayern (27 Prozent) und Oberbayern (28 Prozent). In Mittelfranken beträgt das Minus 30 Prozent, in Unterfranken 31 Prozent.

Adelt betont: „Es ist klar, dass die Unternehmenspolitik der Sparkassen sich einem sich verändernden Kundenverhalten, andauernder Niedrigzinspolitik und den Herausforderungen der Digitalisierung anpassen muss, ob das aber in dieser Radikalität erfolgen musste, darf hinterfragt werden.“

Der Abgeordnete hat hier vor allem die Fusionen im Blick. Seit 2000 gab es 29 Fusionen, so dass sich die Zahl der Sparkassen in Bayern auf 65 reduzierte. Strukturpolitisch hält der SPD-Politiker das für bedenklich, denn mit jeder Fusion gehen meist Filialschließungen einher. Auch bei den Genossenschaftsbanken gab es zahlreiche Fusionen. Gab es im Jahr 2000 noch 481 Kreditinstitute, sind es 2017 nur noch 244. Ein Rückgang um die Hälfte.

„Natürlich kann man Onlinebanking machen, aber es darf nicht sein, dass der Kunde dazu gezwungen wird, weil er sonst keine anderen Möglichkeiten mehr hat. Die Sparkassen haben einen öffentlichen Versorgungsauftrag und dazu gehört es, dass sie im öffentlichen Interesse

handeln und das Gemeinwohl zu beachten haben. Will heißen: Die Sparkassen müssen auch das große Ganze im Blick haben“, mahnt Adelt an. „Es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Digitalisierung vorhandene Strukturen bis zum Geht-nicht-mehr ausgedünnt werden.“

Denn die Gesamtentwicklung findet der SPD-Politiker mehr als bedenklich: „Seien es Bäcker, Metzger, Wirtshäuser, Supermärkte, Bank- oder Postfilialen. Bei allen gesellschaftsrelevanten Strukturen und Einrichtungen stehen im ländlichen Raum seit Jahren die Zeichen auf Rückzug. Diesen Trend müssen wir stoppen, sonst bringen uns die besten Förderprogramme nichts. Wir müssen die Strukturen in der Fläche erhalten. Das gilt auch für die Sparkassen.“

Material:

- [Anfrage Filialsterben \(PDF, 222 kB\)](#)
- [Anfrage Filialsterben - Anlage 1 \(PDF, 15 kB\)](#)
- [Anfrage Filialsterben - Anlage 2 \(PDF, 118 kB\)](#)
- [Anfrage Filialsterben - Anlage 3 \(PDF, 101 kB\)](#)
- [Anfrage Filialsterben - Anlage 4 \(PDF, 6 kB\)](#)